

Rocker und Neonazis vernetzt

Erfurt/Nordhausen. (dpa) In Thüringen gibt es neue Vernetzungen zwischen Rockern und Rechtsextremisten. Demnach ist ein früherer führender NPD-Funktionär vor knapp zwei Wochen dem „Gremium Motorradclub“ in Nordhausen beigetreten. Der 1972 in Mannheim gegründete Motorradclub gehört zu den vier bedeutendsten Rocker-Organisationen. Der NPD-Mann hat nach Recherchen von MDR Thüringen zwar die Partei verlassen, wirbt aber weiter auf einer Internetseite mit rechtsextremistischen Parolen aus dem vergangenen Bundestagswahlkampf. Die Verbindungen des „Gremium MC“ zur organisierten Kriminalität und in die rechte Szene sind heute Thema des nichtöffentlichen Teils der Sitzung des Innenausschusses des Erfurter Landtags. FDP-Innenexperte Dirk Bergner teilte mit, eine richtige Vernetzung zwischen den Gruppierungen sei bisher in dem Maß nicht ersichtlich gewesen. „Wenn sich extremistische Ideologien mit krimineller Energie vermischen, ergibt sich ein ganz neues Gefahrenpotenzial“, warnt er.



„Macht! Kunst!“ heißt ein Projekt des Verbandes Bildender Künstler Thüringen dessen Ergebnisse jetzt in einer Ausstellung im Thüringer Landtag auf drei Etagen präsentiert werden. Im Bild die Installation „Zeitarbeit“ des Erfurter Künstlers Karsten Kunert. Foto: Peter Michaelis

Land unterliegt bei Rittergut

Klage Thüringens abgeschmettert

■ Von Daniela Egetemayer

Jena/Guthmannshausen. Das Rittergut in Guthmannshausen bleibt auch weiterhin in Händen rechtsextremer Gruppierungen. Die Klage des Freistaats Thüringen gegen die Käuferin, eine dem Verein Gedächtnisstätte e.V. angehörende Frau aus Hessen, wurde gestern auch in zweiter Instanz abgeschmettert. Die Richter des 1. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Jena sahen den Vorwurf arglistiger Täuschung beim Kauf des herrschaftlichen Anwesens nicht bestätigt. Revision zum Bundesgerichtshof (BGH) wurde nicht zugelassen.

In der mündlichen Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende Richter, Dirk Schwerdtfeger, der Staat habe von der Möglichkeit, sich selbst zu schützen, „keinen Gebrauch gemacht“. Man hätte von der Käuferin ein aussagefähigeres Nutzungskonzept anfordern können. Überdies hätten von vornherein im Vertragsentwurf bestimmte Nutzungsarten ausgeschlossen werden können, um das Objekt nicht „zweifelhaften Personen oder Gruppierungen“ zu überlassen.

Das Rittergut war im Mai 2011 an eine Käuferin aus Hessen veräußert worden, die die Immobilie umgehend an den Verein „Gedächtnisstätte e.V.“ vermietete. Seither finden in regelmäßigen Abständen Tagungswochenenden mit rechts-extremem und revisionistischem Hintergrund statt.

Die Blamage des Freistaats vor dem OLG wäre durchaus vermeidbar gewesen, unterstrich die Linke-Politikerin Martina Renner. Bereits im Vorfeld der Kaufverhandlungen sei bekannt gewesen, dass der extrem rechte Verein „Gedächtnisstätte“ in Mitteldeutschland eine neue Bleibe suchte. Diese Information sei aber an die zuständigen Behörden nicht weitergegeben worden.

In einer ersten Stellungnahme das Finanzministerium zum Urteil des OLG mit Bedauern zur Kenntnis. Weitere rechtliche Schritte würden geprüft um zu verhindern, dass in einer früheren Immobilie des Freistaats „möglicherweise verfassungsfeindliches Gedankengut“ verbreitet werde.

Auf Anfrage erklärte ein Sprecher des Ministeriums, dass man auf die Geschehnisse um Guthmannshausen mit weiteren Klauseln im Kaufvertrag „sensibler Objekte“ reagiert habe. Künftig behält sich der Freistaat ein Wiederkaufsrecht vor.

Die Linke-Politikerin Renner sieht das Rittergut endgültig in der Hand des extrem rechten Vereins: „Wir gehen davon aus, dass der Kauf nicht rückgängig gemacht werden kann“. Und auch im Rittergut selbst ist man siegesgewiss. Acht über zwei Meter hohe Gedenksteine für die Opfer des Zweiten Weltkrieges und ein Obelisk ragen mittlerweile neben dem Herrenhaus in den Himmel – gleichsam eine Manifestation unbeugsamen Besitzerstolzes.

Sparen zu Lasten der Schulleiter

Teilzeitmodell sorgt für unterbezahlte Führungspositionen

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Die junge Pädagogin sieht ihre Chance. Sie bewirbt sich auf eine freie Stelle als Schulleiterin an einer Thüringer Grundschule. Sie ist nicht die einzige, die sich um die Führungsposition bemüht. Am Ende aber bekommt sie den Job.

Wie stets galt auch hier die Bestenauslese. Die Gesamtschau ihrer Persönlichkeit war am überzeugendsten. Dass die Frau auch in der niedrigsten Besoldungsstufe war, hat natürlich keine Rolle gespielt, weil eben einzig und allein fachliche Kriterien entscheidend sind. Dennoch ist die ambitionierte Lehrerin damit zunächst eine vergleichsweise billige Arbeitskraft.

Es werden Jahre vergehen, bis sie das eigentlich für ein derartiges Amt vorgesehene Gehalt bekommt.



Angemessene Bezahlung für Schulleiter: Rolf Busch, Lehrerverbandschef. Foto: Michaelis

Dieses fiktive Beispiel ist in Thüringer Lehrerräumen oftmals Realität. In 131 Fällen arbeiten Schulleiter an staatlichen Bildungseinrichtungen für weniger Geld als ihnen zusteht. Damit sind knapp 17 Prozent dieser 774 Führungskräfte unterbezahlt.

Besonders häufig kommt das Modell der Dumpinglohn-Direktorin an Grundschulen vor. Von den hier 392 Schulleitern haben nach Auskunft des Bildungsministeriums 333 das so genannte End-Amt erreicht. 59 von ihnen müssen demnach noch auf einen Teil des Gehalts verzichten, das je nach Größe der Schule bei Beamten zwischen A12 und A14 liegt, was einer Bandbreite von etwa 3100 bis 5200 Euro brutto entsprechen kann.

An Regelschulen warten 30 von 202 Leiterinnen oder Leitern noch auf die volle Vergütung und an Gymnasien 27 von 79. Etwas entspannter sieht die Situation an Förderschulen aus, wo derzeit lediglich vier der 54 Spitzenpositionen unterbezahlt sind. An den 17 staatlichen Gemeinschaftsschulen warten ebenfalls vier Schulleiter auf vollen Lohn, an den Berufsschulen sind es 7 von 30.

Der Sprecher von Bildungsminister Christoph Matschie (SPD), Gerd Schwinger, warnt

trotz dieser Fakten davor, die Situation zu skandalisieren. Das sei alles „völlig normal“ und unter anderem der Tatsache geschuldet, dass manche Schulleiter „sich erst noch hoch arbeiten müssten“. Wenn die Betroffenen um mehr als eine Stufe unter der Eingruppierung eines Schulleiters lägen, könnten sie nicht gleich angemessen verdienen. „Sprungbeförderungen sind nicht erlaubt“, verweist Schwinger auf die Rechtslage. Auch in der Erprobungszeit, also innerhalb des ersten Jahres, erfolge keine Beförderung.

Hinzukommt, dass auch viele Schulleiter die noch von der CDU-Alleinregierung angebotenen Teilzeitregelungen angenommen haben. Das führt nun dazu, dass diejenigen, die in der Passivphase und längst nicht mehr an der Schule sind, die ordentliche Vergütung ihrer Nachfolger blockieren.

Lehrerverbandschef Rolf Busch sagt indes, natürlich gebe es Möglichkeiten, um dieses Sparen durch Teilzeit zu Lasten der neuen Schulleiter zu unterbinden: Die ausgeschiedenen Direktoren könnten auf Leerstellen gesetzt werden. „Neue Schulleiter warten mitunter sechs, sieben oder mehr Jahre, ehe sie adäquat bezahlt werden“, sagt Busch. Teilweise verdienen die jungen Chefs sogar weniger als die Lehrer, die ihnen unterstehen. Die Stimmung in manchen Kollegien, berichtet er, sei äußerst schlecht.

DIE WOCHE IN ERFURT

Die 77er stehen in den Startlöchern

■ Von Elmar Otto



Kaum hatten wir an dieser Stelle den Zusammenhang zwischen Kalender und Karriere enthüllt, erhielten wir eine Kurzmeldung.

Konkret sinnierten wir in der Vorwoche über die heimliche, aber doch mittlerweile offensichtliche politische Machtübernahme der 58er Jahrgänge in Thüringen und führten als Beleg unter anderem das CDU-Damendoppel **Christine Lieberknecht** (Regierungschefin/Spitzenkandidatin) und **Birgit Diezel** (Parlamentspräsidentin) sowie das sozialdemokratische Tandem **Heike Taubert** (Sozialministerin/Spitzenkandidatin) und **Uwe Höhn** (Wirtschaftsminister) an.

Die uns zu diesem Thema aus dem selbst ernannten Maschinenraum der Macht zugestellte Nachricht lautete wie folgt: „Einen wichtigen 58er haben Sie übersehen.“ An den Satz schlossen sich wahrscheinlich Smileys oder ähnlich lustige Symbole an, die von unserem antiquierten und augenscheinlich nicht regierungskompatiblen Mobiltelefon allerdings in schnöde Rechtecke zerlegt wurden.

Richtig indes ist: **Jürgen Gnauck** (55), den nicht mehr ganz so neuen Staatskanzleichef, der leider zunächst weniger durch Führungsqualitäten als vielmehr seinen nicht minder ausgeprägten Dickkopf von sich reden machte, war uns glatt durchgegangen.

Aber **Marion Walsmann** (Jg. 1963) weiß jetzt wenigstens, warum sie ihren Job wirklich verloren hat. Von wegen Illoyalität und Zickenkrieg.

Zugebenermaßen haben wir **Rolf Baumann** ebenfalls nicht berücksichtigt. Was hiermit nachgeholt werden soll. Der SPD-Arbeitsmarktexperte ist jahrgangsmäßig so eine Art stille Reserve.

Und der Grünen-Agrarfachmann **Frank Augsten**, erst kürzlich unfein aufs parlamentarische Abstellgleis geschoben, ist ein Beispiel dafür, dass auch das Geburtsjahr nicht immer vor einem veritablen Karriereknick schützt.

Im Landtag und seinen angeschlossenen Funkhäusern, die nur noch pro forma Ministerien genannt werden, macht man sich derweil bereits Gedanken über die Zukunft. Welche Generation tritt in die erfolgreichen Fußstapfen?

Die 68er?

Eher nicht.

Also nichts gegen **Dirk Adams** (Mai). Der Bündnisgrüne hat gute Chancen, falls seine Partei erneut die Fünf-Prozent-Hürde nimmt, weiter aufzusteigen.

Und im gesamten Freistaat kennt sich wahrscheinlich kaum einer so gut mit Fische-reipolitik aus wie der Linke **Tilo Kummer** (Juni).

Und SPD-Wirtschaftsstaatssekretär **Jochen Staschewski** (März) auf seine Vorliebe für spitz zulaufende Herrenschuhe und schmale Krawatten zu reduzieren, wäre einfach nur dämlich.

Aber die wahren freistaatlichen Führungskräfte in spe haben sich längst gefunden. Sie erblickten im gleichen Jahr wie Formel-1-Pilot **Nick Heidfeld**, Ex-Bundesministerin **Kristina Schröder** oder die Ilmenauer Biathletin **Andrea Henkel** das Licht der Welt.

Die neue Linke-Chefin **Susanne Hennig** gehört ebenso dazu wie die Grünen-Fraktionsvorsitzende **Anja Siegmund** und CDU-Generalsekretär **Mario Voigt**.

Dumm nur, dass uns bei SPD und FDP partout niemand aus der ersten politischen Reihe einfiel, der 1977 geboren wurde.

Aber wir wollen hier ja keine Wahlergebnisse vorwegnehmen...

Sie erreichen TLZ-Landesredakteur Elmar Otto unter 0361/5550538 oder e.otto@tlz.de

Vergütung gestiegen

Behandlungsfall kostet im Schnitt 3113 Euro

Erfurt. (dpa) Der durchschnittliche Behandlungsfall in Thüringer Kliniken kostet die gesetzlichen Krankenkassen in diesem Jahr knapp 3113 Euro. Damit liegt der Durchschnittspreis für Klinikbehandlungen in Thüringen auf dem Niveau der meisten anderen Bundesländer, wie die Landesvertretung der Ersatzkassen am Donnerstag mitteilte. Dieser Basisfallwert ist Berechnungsgrundlage für die

Budgetverhandlungen der einzelnen Krankenhäuser mit den Krankenkassen.

Insgesamt geben die Kassen in diesem Jahr mehr als 1,9 Milliarden Euro für die stationäre Behandlung in Thüringen aus. Im Vergleich zum vergangenen Jahr bedeutet das ein Plus von 54 Millionen Euro oder etwa 2,9 Prozent.

In Thüringen gibt es mehr als 40 Krankenhäuser.

Online-Täter nicht unterschätzen

BKA-Präsident Jörg Ziercke warnt Thüringer Firmen vor moderner Kriminalität

Weimar. (mat) Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Jörg Ziercke, hat die Thüringer Unternehmer dazu aufgerufen Wirtschaftskriminalität ernst zu nehmen und sich vor verbrecherischen Umtrieben zu schützen. „Investieren Sie in eine gute IT-Sicherheitsausstattung wie Virenprogramme und aktualisieren Sie diese regelmäßig“, sagte Ziercke im Weimarer Hotel Elephant. Dort sprach er vor den Mitgliedern des Industrieclubs Thüringen über „Die Wirtschaft im Zielspektrum der Kriminalität“.

Der BKA-Chef hat festgestellt, dass die Wirtschaft das Thema bislang noch zu lax angeht. Zwar betrage der Anteil der Wirtschaftskriminalität an der Gesamtkriminalität nur 1,4 Prozent. Doch führten die entsprechenden Straftaten zu 49 Pro-



BKA-Chef Jörg Ziercke sprach in Weimar. Foto: Maik Schuck

bis zu Kreditkartenbetrug und Aktienkursmanipulationen in Deutschland zu verzeichnen. Die Dunkelziffer sei hoch.

Wirtschaftskriminelle verlagerten ihre Straftaten zunehmend ins Internet, sagte Ziercke. Die Zahl der Fälle, in denen Täter online vorgingen, steige seit Jahren sprunghaft an. Unternehmer könnten sich schützen, indem sie CDs und USB-Sticks von außerhalb der Firma „äußerst kritisch betrachten“, dubiose E-Mails sofort löschen oder beim Installieren von Software vorsichtig sind.

„Im Internetzeitalter gibt es keine psychologische Hemmschwelle mehr. Der Täter muss seinem Opfer nicht mehr in die Augen schauen.“ Auch könnten die Online-Ganoven von jedem Ort der Welt angreifen. Und eine Altersgrenze gebe es in der Wirt-

schaftskriminalität auch nicht mehr. Alles, was man benötige, sei ein funktionierender Computer mit Internetzugang, sagte der BKA-Präsident.

„Früher haben die Täter komische E-Mails verschickt. Für uns ist das inzwischen das Zeitalter der Dinosaurier.“ Heute fange man sich die Trojanaer, also Schadssoftware, beim Surfen im Internet ein.

Weltweit gingen pro Tag 13 000 Internetseiten online, auf denen man sich online infizieren könne. Auch würden Trojaner heutzutage über Netzwerke wie Facebook verteilt, beispielsweise durch das leichtfertige Öffnen von Anhängen. Derzeit seien zwischen 300 000 und 500 000 Computer in Deutschland mit Trojanern infiziert. Dabei sei Deutschland noch eines der sichereren Länder.

1003 Eingaben gezählt

Petitionen an den Landtag sind weiter angestiegen

Erfurt/Jena. (dpa/ger) Thüringer können Landtagsabgeordneten ihre Sorgen und Nöte seit einem halben Jahr auch öffentlich und über ein Internet-Portal vortragen. Die Möglichkeit wird gut genutzt: Mehr als 1000 Petitionen gingen 2013 ein – und zweimal folgte eine öffentliche Anhörung.

Die Zahl der Petitionen stieg um 78 auf 1003 Eingaben. Insgesamt bearbeiteten die Abgeordneten wie 2012 etwa 1700 Fälle, da noch welche aus dem Vorjahr hinzukamen. Darunter waren auch 119 mündlich abgegebene Petitionen. In den elf Sitzungen des Ausschusses konnten 1153 Anliegen beraten werden, abgeschlossen wurden 950 Fälle.

Außerdem können auch sogenannte öffentliche Petitionen eingereicht werden. Finden sich 1500 Unterstützer innerhalb

einer bestimmten Frist, muss es eine öffentliche Anhörung dazu geben. 57 Mal beantragten die Absender eine Veröffentlichung. Zwei Eingaben fanden mehr als 1500 Mitzeichner, woraufhin das Thema in einer öffentlichen Anhörung beraten wurde. Jüngst beschäftigte sich der Ausschuss daher mit der Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes mellitus Typ 1 in Kindergärten und Schulen – ein Anliegen, das in Jena gestartet worden war (TLZ berichtet).

Noch nicht genügend Unterstützer gibt es derzeit für insgesamt fünf öffentliche Petitionen, die sich unter anderem mit den Vergütungen von Kreistagsabgeordneten als Vertreter der Landkreise in Aufsichtsräten oder der Rückzahlung von Fördermitteln für eine Kindertagesstätte befass-

sen. In vielen Fällen entschied der Ausschuss gegen die eingereichten Petitionen. Nur in etwa zwölf Prozent der Fälle entsprachen die Abgeordneten ganz oder teilweise den Wünschen des Petenten. Mehr als jede zweite Beschwerde (58 Prozent) wurde mit Auskünften zur Sach- und Rechtslage beantwortet oder zurückgenommen. In neun Prozent der Petitionen stellte der Ausschuss fest, dass nicht abgeholfen werden kann.

Viele Petitionen sind nach Einschätzung von Fachleuten eine Art Hilferuf, weil sich Bürger im Dschungel von Behörden und Paragraphen nicht zurechtfinden. Seit Juni 2013 ist es einfacher, seine Sorgen und Probleme Parlamentariern mitzuteilen: So wurde die Internetplattform für Online-Petitionen erweitert.